

## Realitätsfern und irreführend

### KV Berlin zum Koalitionsvertrag von CDU und SPD

Die Berliner CDU und SPD betiteln ihren Koalitionsvertrag mit „Das Beste für Berlin“. Zumindest in puncto Gesundheitsversorgung beurteilt die KV Berlin den Titel als irreführend und bei der Bevölkerung werden unrealistische Erwartungshaltungen geweckt. Warum?

- Ein „Rundum-Wohlfühl-Programm“ für Patient:innen mit freiem Zugang zu allen medizinischen Angeboten wird angesichts eines akuten Fachkräftemangels im ambulanten und stationären Bereich nicht aufrecht zu erhalten sein.
- Die KV Berlin betreibt den Ärztlichen Bereitschaftsdienst bereits heute mit einem großen Defizit. Der von der Politik angestrebte Ausbau der ambulanten Notfallversorgung ist nur mit enormen zusätzlichen finanziellen Mitteln umzusetzen. Einen Plan dafür gibt es nicht.
- Die Prioritäten werden falsch gesetzt: Anstatt Patient:innen zu vermitteln, was ein Notfall ist und welche Versorgungsangebote bereitstehen, sollen kostenintensive neue Strukturen geschaffen werden, die Notfallpatient:innen in die richtigen Versorgungsebenen führen.

#### „Rundum-Wohlfühl-Programm“ ist nicht mehr aufrechtzuerhalten

Die Politik wünscht sich immer eine bestmögliche Gesundheitsversorgung, wohnortnah, 24 Stunden, sieben Tage die Woche, und suggeriert den Bürger:innen, dass das auch möglich sei. **Dieses Wunschdenken ist aus KV-Sicht nicht mit dem Sozialrecht vereinbar und damit realitätsfremd.** Im Koalitionspapier ist keine Rede davon, bestehende Strukturen auf den Prüfstand zu stellen, bis hin dazu, dass auch Krankenhäuser schließen oder fusionieren werden müssen. **Die Entwicklungen haben gezeigt, dass die Devise „weitermachen wie bisher“ keine Zukunft mehr hat.** Die Gesundheitsversorgung steht an einem Scheideweg, an dem geklärt werden muss, wie die Sektoren (auch miteinander) agieren müssen, um die schwindenden Ressourcen so einzusetzen, dass der Status Quo gehalten und im besten Fall Versorgung effizienter gestaltet werden kann.

**Aktuell sorgt sich die KV Berlin im Besonderen um den wachsenden Fachkräftemangel** sowohl bei den Ärzt:innen als auch bei den Medizinischen Fachangestellten, Nachfolgeprobleme in den Praxen, eine immer älter werdende Bevölkerung und schnell wachsende Bezirke an den Rändern Berlins, mit deren Entwicklung die ambulante Versorgung nicht mehr wird Schritt halten können. Berlin steht in der ambulanten Versorgung vor einem Umbruch. Deshalb kann **das bisherige „Rundum-Wohlfühl-Programm“ für die Patient:innen mit freiem Zugang zu allen medizinischen Angeboten und das jederzeit nicht mehr aufrechterhalten werden.**

Um die ambulante Versorgung der wachsenden Stadt Berlin auch künftig zu gewährleisten, müssen **endlich alle ärztliche Leistungen zu 100 Prozent honoriert** werden. Nur dann können die Praxen dauerhaft zu festen Preisen praktizieren und die Versorgung der Patient:innen weiterhin sichern. Nötig ist auch **eine zeitgemäße Bedarfsplanung**. **Positiv bewertet die KV Berlin in diesem Zusammenhang, dass CDU und SPD Maßnahmen einleiten wollen, um die Grundlagen der Bedarfsplanung zu überprüfen.** Ob damit am Ende der Ärzt:innenmangel in Rand- bzw. mangelversorgten Bezirken behoben werden kann, bezweifelt die KV Berlin. Die im Papier genannten KV-Praxen können die aktuellen Probleme zwar abmildern, aber 135 derzeit offene Hausarztstühle allein in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick können so nicht aufgefangen werden. Die finanziellen Spielräume der KV Berlin sind begrenzt; Eigeneinrichtungen können nicht unbegrenzt aufgebaut werden. Hier erwartet die KV mehr Unterstützung durch den Senat und die Bezirke, ggf. auch finanzieller Art, so wie es in anderen Bundesländern bereits vorgemacht wird.

Die aktuellen Probleme in der ambulanten Versorgung sind keinesfalls dadurch zu beheben, dass, wie von CDU und SPD vorgeschlagen, Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen Möglichkeiten aufgezeigt werden sollen, wie sie auch im Alter (weiter-)arbeiten können. Diese Möglichkeit ist heute schon da und muss von vielen Ärzt:innen auch genutzt werden. In erster Linie aber, weil oft keine andere Wahl bleibt, sich keine Nachfolge findet und Patient:innen mit Wegfall der Praxis Schwierigkeiten bei der Suche nach einer neuen Praxis hätten.

### **Ambulante Notfallversorgung ist schon heute defizitär**

Ziel der Koalition ist es auch, dass sich die Situation in den Rettungsstellen für Patient:innen und Personal verbessert. Dabei, heißt es, sei es essenziell, dass Patientenströme bereits beim Transport nach einem Notruf besser kanalisiert werden und nur Patient:innen, die tatsächlich eine Notversorgung brauchen, in die Rettungsstellen kommen. Um dies zu gewährleisten, soll die KV ihr Angebot an Notdienstpraxen ausbauen und 24h-Kindernotdienstpraxen in allen Bezirken etablieren. Zusätzlich dazu soll in einem Modellprojekt ein mobiler kinderärztlicher Bereitschaftsdienst inklusive Videoberatung etabliert werden.

Wie all das realisiert werden soll, dafür werden keine Antworten geliefert. Das bestehende Personal wird für die geplanten Leistungserweiterungen nicht ausreichen. Und ohne erheblichen finanziellen Mehraufwand werden die Planungen ebenso nicht zu realisieren sein. Das **Defizit in der Notfallversorgung ist schon heute eklatant**. Die KV Berlin betreibt ihre 11 KV-Notdienstpraxen bereits heute mit einem Minusgeschäft. **Aufgrund der desolaten finanziellen Situation der ambulanten Notfallversorgung – 2021 musste die KV ein Gesamtdefizit von 4,4 Millionen Euro ausgleichen – ist die KV sogar gezwungen, Leistungen zu reduzieren**. Dies betrifft seit Januar 2023 die Leistungen des telefonischen Beratungsdienstes. In diesem Zusammenhang begrüßt die KV, dass sich die Koalition dafür einsetzen will, dass dieses Angebot auskömmlich finanziert ist. Das Gespräch muss mit den Kassen geführt werden, die sich bis heute nicht an den Kosten beteiligen.

**Notfallversorgung ist die Versorgung von medizinischen Notfällen**. Wann ein Notfall vorliegt, können die Patient:innen angesichts immer weiter sinkender Gesundheitskompetenz nicht mehr zutreffend einschätzen. Mithilfe der 116117 und dem Team der KV Berlin kann dies jedoch gelingen und gleichsam bewirken, dass den Hilfesuchenden die richtige Versorgungsstruktur empfohlen wird. **Dies leistet die KV-Leitstelle bereits heute 24/7**. Zudem haben Berlins Vertragsärzt:innen **zahlreich freie Termine für akute Behandlungen** gemeldet, auf die die Leitstelle zugreifen kann. Dieses Angebot entlastet die Notdienststrukturen besser als der polemische Schrei nach noch mehr „Rund-Um-Sorglos-Versorgung“. **Angesichts knapper Kassen liegt der Fokus der KV auf effektiven und effizienten Angeboten, anstatt auf unrealistischen Wahlversprechen**.

### **KV Berlin zieht ernüchternde Bilanz**

CDU und SPD haben ein **buntes Maßnahmen-Potpourri zusammengestellt, das eine klare Linie vermissen lässt**, wie die medizinische Versorgung in Berlin künftig (noch) aussehen kann bzw. muss. Das Koalitionspapier enthält eine Vielzahl von Vorhaben, die parallel angegangen werden sollen. Dadurch besteht das Risiko, sich zu verzetteln. **Eine realistische Analyse der dringenden Herausforderungen bleibt das Papier schuldig**.

Die KV hat in den vergangenen Jahren immer wieder den Eindruck gewonnen, dass **reibungslos funktionierende ambulante Strukturen mehr oder weniger als Selbstverständlichkeit erachtet und den Niedergelassenen zusätzlich immer weitere Aufgaben aufgebürdet werden**, wie dies auch die Planungen von Berliner CDU und SPD erahnen lassen. Dies ist nicht nur bedauerlich, sondern offenbart **mangelndes Systemverständnis**. Hier sollte Politik viel stärker die **Expertise der ambulanten Versorgung nutzen**.

Um die Gesundheitsversorgung in Berlin zukunftsfähig aufzustellen, sind unliebsame Fragestellungen unausweichlich, bei denen schon viel gewonnen wäre, wenn man das Notwendige erreichte und nicht nach dem Besten strebte. **Hierfür bietet die KV Berlin bereits heute der Senatsgesundheitsverwaltung ihre ausdrückliche Unterstützung und Gesprächsbereitschaft an**.